

Bemühungen um eine Bildungsoffensive für Migrantinnen und Migranten in der Stadt Nürnberg

Maßnahmevorschläge für die Förderung von Kindern bis zu 10 Jahren und ihrer Eltern

Bericht der Koordinierungsgruppe Integration / AG Bildungsoffensive für die Sitzung der Kommission für Integration am 21. September 2006 (leicht gekürzte und überarbeitete Fassung)

	Seite
1. Rahmenbedingungen und aktuelle Diskussion	1
2. Sozialraumorientierung als Ansatz	2
3. Öffentlichkeitsarbeit	6
4. Elternbildungsmaßnahmen	6
4.1 Elternbriefe	7
4.2 Elternbildungsmaßnahmen der Arbeiterwohlfahrt	7
4.3 „Stadtteilmütter“ für Kindergarten und Schule bzw. Hort	8
4.4 Kurse „Mama lernt Deutsch im Kindergarten“ und „Mama lernt Deutsch an der Schule“	9
4.5 Integrationskurse für Mütter in Stadtteileinrichtungen	10
5 Fördermaßnahmen im Elementarbereich	10
5.1 Ausweitung des SpiKi-Programms	10
5.2 Weitere Programme zur Erweiterung der Sprachkompetenz	11
5.3 Übergang Kindergarten – Schule: Deutsch 160	13
6. Fördermaßnahmen für Grundschüler	13
6.1 Förderung von Quereinsteigern und Neuzugewanderten in der Schule	13
6.2 Zusätzlicher Förderunterricht – Mercator-Stiftung	14
6.3 Schülerstipendien der Hertie-Stiftung für begabte Zuwanderer	15
7. Zusätzliche Maßnahmen	16
7.1 Familien- und Erziehungsberatung	16
7.2 Förderung der Mehrsprachigkeit	16
7.3 Multiplikatorenmodelle	17
8. Ausblick	19

Bemühungen um eine Bildungsoffensive für Migrantinnen und Migranten in der Stadt Nürnberg

Maßnahmenvorschläge für die Förderung von Kindern bis zu 10 Jahren und ihrer Eltern

1. Rahmenbedingungen und aktuelle Diskussionen

Im Anschluss an die der Kommission im März vorgelegte kritische Bestandsaufnahme werden hier Vorschläge zur Weiterentwicklung und Ausweitung bestehender Angebote und zur Entwicklung und Erprobung neuer Fördermaßnahmen vorgelegt. Einige der im März vorgestellten Maßnahmen, wie z.B. die Umsetzung der Vorkurse „Deutsch 160“ und das Screeningverfahren zur Sprachstandsfeststellung, befinden sich derzeit in der Anfangsphase ihrer Umsetzung. Aus diesem Grunde müssen hier erst Ergebnisse abgewartet werden, ehe Aussagen zur weiteren Entwicklung gemacht werden können.

Sprachstandsfeststellung
obligatorisch

Auch die Konsequenzen der aktuellen gesetzlichen Änderungen¹ in Bayern werden sich erst später zeigen. Die neue Finanzierungsgrundlage für Kindertagesstätten ermöglicht aber z.B. den Einrichtungen mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern eine Personalaufstockung, die der pädagogischen Arbeit insgesamt zu Gute kommen wird.

Neue gesetzliche Regelungen

In der aktuellen wissenschaftlichen und politischen Diskussion kristallisieren sich die folgenden Schwerpunkte heraus, die in Übereinstimmung mit den hier gemachten Vorschlägen stehen:

Schwerpunktsetzungen

- Elternbildungsmaßnahmen / Elternempowerment,
- frühzeitige Förderung der Kinder,
- Förderung und Nutzung von Zwei- oder Mehrsprachigkeit,
- Maßnahmen zum besseren Übergang zwischen den Bildungsinstitutionen, Vernetzung bestehender Angebote im sozialen Nahraum.

Diese Schwerpunkte stehen in Einklang mit den Leitlinien der Stadt Nürnberg zur kommunalen Integrationspolitik und stimmen überein mit dem Orientierungsrahmen von Ref. V und dem Konzept „Stadtteilschule“, das zur Zeit vom Schulreferat entwickelt und an mehreren Schulen erprobt wird. Sie spiegeln sich auch in bestehenden Angeboten wider.

¹ Bayerisches Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vom 8.7.2005 und Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 19.7.2006

Die im Folgenden unterbreiteten Vorschläge beschränken sich auf den unmittelbaren Handlungsbereich der Kommune bzw. auf die Bereiche, die mit städtischen Mitteln finanziert werden. Sie werden von der Koordinierungsgruppe „Integration“ als geeignete Regelangebote für die Förderung von Migrantenkindern bis zu 10 Jahren und ihren Eltern angesehen. Sie umfassen sowohl die Weiterführung bzw. Ausweitung bestehender Projekte als auch Überlegungen und Vorschläge für neue, bisher in Nürnberg nicht vorhandene Angebote. Es werden nur Maßnahmen beschrieben und vorgeschlagen, die entweder als Regelangebote installiert oder ausgeweitet werden können, oder die als Pilotprojekte Regelangeboten vorgeschaltet werden. Alle Maßnahmen sind entweder bereits evaluiert, befinden sich in der Evaluierungsphase oder ließen sich bei der Umsetzung überprüfen. An der Durchführung von vornherein zeitlich befristeter Projekte wird momentan kaum Bedarf gesehen, da es derzeit als vordringlicher erachtet wird, vom „Projekt-Hopping“ weg zu einer größeren und langfristigen Verlässlichkeit von Angeboten zu gelangen. Die Vorschläge erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sind vielmehr als Versuch anzusehen, bewährte, möglichst evaluierte und finanzierbare, aufeinander abgestimmte Maßnahmen für die genannte Zielgruppe vorzuhalten. Für innovative Ideen soll selbstverständlich weiterhin Raum bleiben.

Kriterien für die Auswahl der vorgeschlagenen Maßnahmen

Noch einmal soll an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen der Chancengleichheit aller Kinder dienen sollen. Sie sind der Versuch, Benachteiligungen durch Herkunft und negative sozioökonomische Rahmenbedingungen auf dem weiteren Bildungsweg der Kinder zu verringern. Schlechtere Ausgangspositionen haben nicht nur Kinder aus Migrantenfamilien und haben auch nicht **alle** Kinder aus Migrantenfamilien. Deshalb müssen Programme und Einzelmaßnahmen für Migranten immer eingebunden werden in ein Netz von Unterstützungs-, Förder- und Beratungsangeboten, die dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe aller Bevölkerungsteile an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft dienen.

Gleiche Chancen für alle Kinder

2. Sozialraumorientierung als Ansatz

Das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderte Programm „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ ist ein Katalog von Maßnahmen zur frühkindlichen Förderung und Stärkung elterlicher Erziehungskompetenzen, der bedarfsbezogen und vernetzt im jeweiligen Sozialraum angeboten werden kann. Derzeit dienen St. Leonhard/Schweinau und Langwasser als Pilotstadtteile. Im letzten Projektjahr werden Kriterien erarbeitet, nach denen eine bedarfsgerechte Vermittlung einzelner Maßnahmen in verschiedene

Stadtteile erfolgen kann. Außerdem müssen Regelstrukturen verabredet werden, in denen die Vernetzung dieser Maßnahmen sichergestellt wird. Bereits jetzt können aus dem sehr unterschiedlichen Verlauf (siehe Sachstandsbericht über das Programm „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ in dieser Sitzung) in den beiden Stadtteilen wichtige Erkenntnisse für die Voraussetzungen einer erfolgreichen Implementierung pädagogischer Förderprogramme im Stadtteil gezogen werden.

Regelstrukturen und Vernetzung

Als entscheidender Bestandteil im Konzept von „Spielend lernen“ erweist sich der Einsatz der beiden Stadtteilkordinatorinnen. Die Koordinatorinnen haben über aktivierende Befragungen eine Bestandsaufnahme im Stadtteil geleistet, eine Bedarfsanalyse erstellt und diese in steter Rückkopplung mit den Einrichtungen im Stadtteil auf Stadtteilkonferenzen oder in Arbeitsgruppen zu einem lokalen Aktionsplan weiterentwickelt, der Entwicklungsziele für den Stadtteil benennt und Handlungsoptionen eröffnet. Die Erfahrung zeigt, dass Stadtteilkordinatorinnen dann erfolgreich sind, wenn sie nicht „fertige Lösungen von außen in den Stadtteil“ einbringen, sondern moderierend, beratend und vermittelnd die vor Ort agierenden Einrichtungen unterstützen, mit ihnen gemeinsam Lösungen für ihren Stadtteil entwickeln und umsetzen. Damit kommt der Stadtteilkoordination die Aufgabe zu, soziale Stadtteilentwicklungsprozesse zu initiieren und zu steuern. Es zeigt sich, dass solche sozialen Prozesse offen sein müssen für die jeweiligen Problemlagen im Stadtteil, also keine „Problemvorgaben“ gemacht werden sollen. Statt dessen müssen die Prozesse offen gehalten werden für die Bedürfnisse der im Stadtteil ansässigen, sozial benachteiligten Zielgruppen.

Erfordernis von Koordinierungsleistungen

Entwicklung von lokalen Aktionsplänen mit den Akteuren

Ein wichtiges Ergebnis des bisherigen Verlaufs des Programms zeigt damit, dass der Einsatz von Stadtteilkoordination ein Instrument ist, das unabhängig vom Konzept „Spielend lernen“ angewandt werden kann. Andererseits können durch eine Stadtteilkoordination Fördermaßnahmen und -programme in ihrer Umsetzung im jeweiligen Stadtteil unterstützt und intensiviert werden. Nach bisherigem Erfahrungsstand ist der Einsatz von Stadtteilkordinatorinnen in Stadtteilen mit einem erhöhten Entwicklungsbedarf auch zur Vermittlung und Verankerung einer Bildungsoffensive vor Ort zu empfehlen.

Bildungsoffensiven sind Bestandteile von Stadtteilentwicklungsprozessen

Auch im 11. Kinder- und Jugendbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird als der Ort, an dem die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ressortübergreifend wahrgenommen werden soll, der soziale Nahraum definiert. Er wird beschrieben als Ort, an dem Kinder mit ihren Familien leben, wo sie in den Kindergarten und die Schule gehen, wo ihre Spielplätze und Freiräume sind, die Welt zu entdecken und zu erfahren. Dieser Überzeugung wird in

Nürnberg in Teilbereichen der öffentlichen Bildung und Erziehung bereits Rechnung getragen, sie muss aber auf ein breiteres Fundament gestellt werden.

Familie ist und bleibt die wichtigste Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsinstanz und kann bei entsprechender Ausstattung für das Aufwachsen der Kinder enorm viel leisten - sie kann aber auch in den entscheidenden Jahren des Aufwachsens für die Kinder zu einer lebenslangen Hypothek werden. Das System der öffentlichen Bildung, Betreuung und Erziehung muss daher Familien von Anfang an in der Ausübung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen und ergänzen. Zu diesem Ziel wurde im Bündnis für Familie das Grundlagenkonzept „Die Kindertagesstätte als Ort für Familien“ entwickelt. Derzeit beteiligen sich etwa 20 Einrichtungen verschiedener Träger an der Entwicklung von Familienzentren. Jede Kindertagesstätte entwickelt dabei auf der Basis der vorhandenen Ressourcen und des spezifischen Bedarfs im Stadtteil ein eigenes Profil. Diese stadtteilorientierten Einzelkonzepte² ermöglichen und erleichtern es Migranteltern, sich aktiver als bisher einzubringen. Zweisprachige Brückenpersonen (z.B. Stadtteilmütter, siehe 4.3) spielen dabei als besonders wirksame Bindeglieder und gegebenenfalls auch als Hilfe zur Überbrückung noch vorhandener Berührungängste eine große Rolle. In Stadtteilen, in denen es keine geeignete Kindertagesstätte gibt, ist zu prüfen, welche andere Einrichtung (Kulturladen, Familienbildungsstätte, Kirchengemeinde oder Schule) die Funktion eines Familienzentrums erfüllen kann.

Die Rolle der Familie im Bildungsprozess

Familienzentren

Die Neuorientierung zum Familienzentrum erfordert in jeder Einrichtung neben der Bereitschaft des pädagogischen Personals zu Veränderungen auch vermehrte personelle Ressourcen und die räumlichen Voraussetzungen für die Arbeit mit Erwachsenen.

Neben den Kindertagesstätten sehen sich auch die Schulen vor die Notwendigkeit gestellt, sich „ihrem“ Stadtteil zu öffnen und sich auf die dort vorhandenen sozialen Gegebenheiten einzulassen. Allerdings ist spätestens seit den internationalen Leistungsvergleichsstudien deutlich geworden, in welchem bedrückendem Maße oftmals soziale Herkunft und schulische Erfolgchancen immer noch zusammenhängen. Die Erkenntnisse über diesen empirisch belegten Zusammenhang sowie die grundsätzliche Sorge und Verantwortung für die Bildung und Erziehung der nächsten Generation stellt das Schulreferat vor die Herausforderung, mehr Chancengleichheit zu

Stadtteilschulen

² Dazu erarbeitet eine Arbeitsgruppe im Bündnis für Familie derzeit ein Rahmenkonzept, das Ende des Jahres im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird.

ermöglichen und alle Betroffenen als Beteiligte in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Aus den oben beschriebenen Erwägungen heraus muss auch in der Schule der sozialen Bedingtheit des Bildungsvorgangs durch eine passgenauere Förderung vor Ort Rechnung getragen werden, um einen besseren Schulerfolg zu ermöglichen und mehr Bildungsgerechtigkeit zu verwirklichen.

In diesem Sinne entwickelt das Schulreferat, namentlich das Amt für Volks- und Förderschulen, in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt ein Konzept „Stadtteilschule“ unter dem Titel „Bildung in Vielfalt“. Drei Modellschulen wurden ausgewählt, darunter die Konrad-Groß-Schule im Stadtteil „Nordostbahnhof“. Diese Schule liegt in einem Stadtteil, der alle Anzeichen sozialer Benachteiligung aufweist. Die Schulleitung der Konrad-Groß-Schule hat zusammen mit dem Staatlichen Schulamt und dem Schulreferat ein Konzept für einen gebundenen Ganztagsunterricht sowohl für den Grund- als auch den Hauptschulbereich vorgelegt und teilweise bereits umgesetzt. Neben neuen Formen der Unterrichtsorganisation und der Anwendung auf ganzheitliche Bildung abstellender didaktischer Modelle wird an dieser Schule zur Zeit die neue Funktion eines „Bildungsmanagers“ bzw. einer „Bildungsmanagerin“ getestet. Dessen bzw. deren Aufgabe geht über die der Schulsozialarbeit hinaus, da neben der sozialpädagogischen Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern auch die intensive Beteiligung der Eltern angestrebt wird. Daneben wird die Kooperation mit dem im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ gebildeten „Meinungsträgerkreis im Stadtteil“ gesucht. Der „Bildungsmanager“ bzw. die „Bildungsmanagerin“ nimmt außerdem eine Scharnierfunktion zwischen Schulleitung und externen Trägern von Maßnahmen und Angeboten im Rahmen der Ganztagschule wahr. Durch diese Einbindung in ein Netzwerk soll eine bessere Abstimmung zwischen allen Akteuren, die Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Interesse und eine vermehrte Ausschöpfung des Entwicklungspotenzials – etwa die Herstellung von Kontakten zu im Stadtteil ansässigen Unternehmen - realisiert werden. Das Konzept „Bildung in Vielfalt - Schule im Stadtteil“ verfolgt damit ein ganzes Spektrum neuer Ziele: ein Mehr an Schulqualität, ein Mehr an Lebensqualität und ein Mehr an Schulerfolg für die Schülerinnen und Schüler, aber auch ein vermehrtes Interesse der Eltern am Bildungsgeschehen durch ihre aktive Einbeziehung in den Schulalltag ihrer Kinder sowie eine Bestärkung bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben und schließlich die Identifikation des Stadtteils mit der **eigenen** Schule.

Modellschulen „Bildung in Vielfalt“

Bildungsmanager als Scharnier zwischen Schulleitung und externen Maßnahmeträgern

Aktive Einbeziehung der Eltern

3. Öffentlichkeitsarbeit

Eltern sollen besser über die Wichtigkeit von Bildung für den Lebensweg ihrer Kinder und über Bildungsangebote für sich und ihre Kinder informiert werden. Außerdem soll verstärkt um die Zusammenarbeit der Eltern mit den Bildungsinstitutionen geworben werden. Ein wichtiges Medium dafür werden die Elternbriefe (siehe 4.1) sein, die ab Herbst 2006 verschickt werden.

Zur Förderung der Idee der „Erziehungspartnerschaft“ zwischen Eltern und Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der pädagogischen Institutionen soll im kommenden Jahr eine Kampagne gestartet werden. Dazu wird die Zusammenarbeit mit den Konsulaten vor Ort und insbesondere der muttersprachlichen Presse gesucht. Sowohl die Eltern als auch die Institutionen werden gezielt angesprochen, um sich noch mehr der **gemeinsam** zu tragenden Verantwortung für die Kinder, die zu diesem Zeitpunkt in die verschiedenen Institutionen des Bildungssystems eintreten, bewusst zu werden. Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, dass Eltern sich für die Belange der Bildungseinrichtungen einsetzen, sich in Elternbeiräte wählen lassen, die Kinder vielfältig unterstützen und in Problemsituationen das Gespräch mit dem Kindergarten und der Schule suchen. Die Eltern erfahren damit Wertschätzung in ihrer Rolle als „Erzieher“ ihrer Kinder und dies wird auch nach außen hin deutlich, sowohl den pädagogischen Fachkräften als auch der Öffentlichkeit gegenüber.

Daneben ist eine bessere Information der Eltern über das Bildungssystem in Bayern und die Bildungsangebote in Nürnberg erforderlich. (Vorschläge dazu siehe 7.3)

Gemeinsam Verantwortung für die Bildung der Kinder übernehmen

4. Elternbildungsmaßnahmen

Der Elternbildung kommt eine besondere Bedeutung zu. Alle Erfahrungen aus Forschung und Praxis zeigen, dass die Eltern unbedingt in die Förderung ihrer Kinder einbezogen werden müssen. Projekte mit dieser Zielrichtung versuchen, die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und setzen an vorhandenen Ressourcen an. Dazu gehört auch, Ängste vor dem für sie unbekanntem Bildungssystem abzubauen und ihre Beteiligung an Aktivitäten in den Bildungsinstitutionen zu fördern.

Unterstützung elterlicher Erziehungskompetenz

4.1 Elternbriefe

Eine neue Aktivität auf diesem Gebiet sind die ab Herbst 2006 für die Eltern eines erstgeborenen Kindes zur Verfügung stehenden Elternbriefe. Dank einer Spende der Zukunftsstiftung der Sparkasse war es dem Bündnis für Familie möglich, die seit langem erfolgreichen und bereits evaluierten Elternbriefe des Arbeitskreises „Neue Erziehung“ in Berlin auch in Nürnberg einzuführen. Jede Familie erhält bei der Anmeldung des Neugeborenen im Standesamt ein Willkommenspaket mit den ersten Elternbriefen und weiteren, auf Nürnberg bezogenen Informationen. Danach bekommen die Familien in bestimmten Abständen die folgenden Briefe per Post zugeschickt. Da auch Elternbriefe in türkischer Sprache vorliegen, erhalten türkische Eltern neben den 38 deutschen Briefen bis zum 6. Lebensjahr ihrer Kinder zusätzlich zehn zweisprachige Briefe.

Elternbriefe in türkischer Sprache

Momentan wird geprüft, welche weiteren muttersprachlichen Informationen den türkischen Elternbriefen beigefügt werden können. Dem Willkommenspaket wird ein Anschreiben von Herrn Ref. V und dem türkischen Generalkonsul mit einem Glückwunsch zur Geburt des Kindes und einigen Hinweisen zur Familienpolitik in Nürnberg beigelegt.

4.2 Elternbildungsprogramme der Arbeiterwohlfahrt

Die Elternbildungsprogramme der Arbeiterwohlfahrt HIPPY und Opstapje sind, wie ihre Evaluation zeigt, sehr wirkungsvoll. Diese beiden Programme arbeiten mit Hausbesucherinnen und Gruppenangeboten für die teilnehmenden Familien. Sowohl die Intensität als auch der finanzielle Aufwand sind daher zwangsläufig beträchtlich. In diesen Programmen einschließlich PAT ³ wurden Anfang des Jahres 2006 knapp 130 Familien betreut. Die Stadt wandte allein für HIPPY und Opstapje (insgesamt ca. 106 Familien) im Jahr 2005 die Summe von 226.200 € auf. Bisher kommen die Programme überwiegend russisch und türkisch sprechenden Familien zugute. Für HIPPY bestehen seit geraumer Zeit Wartelisten.

Bewährte
Elternbildungsprogramme

Mit Beschluss vom 2.5.2006 hat der Ausländerbeirat die Ausweitung des Angebotes gefordert. Da es sich um sehr aufwändige, personal- und kostenintensive Angebote handelt, können mit den oben genannten Programmen leider nur sehr wenige Familien betreut werden. Um mehr Familien

³ Das aus den USA stammende Programm PAT „Parents as teachers“ für Kinder bis zu 3 Jahren wird im Rahmen von „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ durch die AWO an die Familiensituation in Deutschland angepasst und befindet sich noch in der Erprobungsphase.

fördern zu können, werden derzeit zusätzliche niedrigschwellige Programme gesucht (siehe 4.3), mit denen die Angebotspalette erweitert werden kann. Es muss gewährleistet werden, dass besonders förderbedürftige Familien an den intensiveren Programmen teilnehmen können, während neue Angebote breiter zur Verfügung gestellt werden müssen.

Erste Hinweise zur Wirkung von „PAT – Mit Eltern lernen“ (deutscher Titel des Programms) können im Rahmen der Evaluation von „Spielend lernen in Familie und Stadtteil“ Anfang 2007 erwartet werden. Der bislang vereinbarte Beobachtungszeitraum von einem Jahr ist allerdings zu kurz, um über mittelfristige Wirkungen des Programms Aussagen treffen zu können. Eine Verlängerung des Evaluationszeitraums ist zu empfehlen.

4.3 „Stadtteilmütter“ für Kindergarten und Schule bzw. Hort

Die AG Bildungsoffensive hat sich über weitere Elternbildungsprogramme informiert, die in Deutschland angewandt werden. Es wurden nur Programme in Betracht gezogen,

- die mit semi-professionellen Migrantinnen arbeiten,
- denen ein ausgearbeitetes, evaluiertes Curriculum zu Grunde liegt,
- die auf der Basis wissenschaftlicher Ergebnisse arbeiten
- und die in vorhandene Strukturen eingebunden werden können.

Als erfolgversprechend erscheint das Projekt „Rucksackmütter“ aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, das aus den Niederlanden kommt und über eine kostenfreie Lizenz dort seit Jahren in vielen Städten durchgeführt wird. Die „Rucksackmütter“, teilweise auch „Stadtteilmütter“ genannt, sind selbst Migrantinnen, die dazu ausgebildet werden, in den Kindertagesstätten ihres eigenen Stadtteils Elterngruppen zu leiten. Dabei ist gewährleistet, dass jüngere Geschwisterkinder während der Gruppenstunden in der Kindertagesstätte mit betreut werden. In den Gruppentreffen werden z.B. Fragen der kindlichen Entwicklung, der Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern für diese Entwicklungsprozesse, der gesunden und altersgemäßen Kleidung und Ernährung, Vorsorge, Schutzimpfungen und das Bildungs- und Jugendhilfesystem in Deutschland behandelt. Inhaltlich ist das Konzept dem von Opstapje, HIPPY und PAT sehr ähnlich. Die enge Anbindung an die Kindertagesstätte gewährleistet den sozialräumlichen Bezug und ermöglicht darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den professionellen Erzieherinnen und das Eingehen auf individuelle Probleme von Kindern und Eltern. Die Stadtteilmütter werden durch Seminare auf ihre Tätigkeit vorbereitet und danach durch Hauptamtliche angeleitet und fortgebildet.

Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und „Stadtteilmüttern“
--

Dieses Projekt wird als deutlich niedrigschwelliger betrachtet als die oben genannten, da die häusliche Privatsphäre der teilnehmenden Familien nicht betroffen ist.

Die AG Bildungsoffensive wird sich im Herbst über die praktische Durchführung dieses Projektes in Essen informieren. Anfang 2007 wird die Koordinierungsgruppe der Kommission einen Bericht vorlegen und eine Empfehlung dazu abgeben.

4.4 Kurse „Mama lernt Deutsch im Kindergarten“ und „Mama lernt Deutsch an der Schule“

Die Kurse „Mama lernt Deutsch“ laufen in der Schule sehr erfolgreich, in den Kindergärten dagegen nur mit Schwierigkeiten. Das Jugendamt hatte daher vor, die Kurse Ende dieses Jahres einzustellen. Eine Ursache für das schwache Interesse und eine relativ hohe Abbrecherquote wird in dem für die Zielgruppe zu hohen Stundenumfang der Kurse gesehen.

In einem Gespräch im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde im Juli 2006 die Möglichkeit eines Verbundprojektes mit dem Arbeitstitel „Mama lernt Deutsch“ besprochen. Unter Verbundprojekten versteht das Bundesamt zielgruppenspezifisch auf die Integrationskurse hinführende Maßnahmen, weiterführende Kurse und flankierende Maßnahmen parallel zu den Integrationskursen. Sie sollen sinnvoll aufeinander aufbauen. Das Bundesamt finanziert z.B. das Honorar für Frauenkurse im Umfang von 20 Zeitstunden (25 „normale“ Unterrichtsstunden), deren Besuch **nicht** auf die 630 bzw. 930 Stunden des Integrationskurses angerechnet werden. Zur Teilnahme werden Frauen über 16 Jahren zugelassen, die nicht aus westeuropäischen Ländern stammen.

Die Kurse können flexibel gestaltet werden, um den unterschiedlichen Voraussetzungen der Teilnehmerinnen Rechnung tragen zu können. Dabei wird auf bewährtes, in verschiedenen Projekten bereits evaluiertes Material zurückgegriffen.

Die Verhandlungen über die Beantragung eines solchen Projektes werden im Herbst 2006 geführt.

Die „Mama lernt Deutsch“-Kurse an den Schulen werden unverändert weitergeführt

Neue Basis für „Mama lernt Deutsch im Kindergarten“ angestrebt

„Mama lernt Deutsch in der Schule“

4.5 Integrationskurse für Mütter in Stadtteileinrichtungen

Die Überlegung, geeignete Stadtteileinrichtungen für Integrationskurse in Teilzeitform für junge Mütter zu öffnen, sollte weiterverfolgt werden. In Kulturläden werden solche Kurse bereits erfolgreich durchgeführt. Diese Kurse können dazu dienen, Mütter an soziale, kulturelle und pädagogische Einrichtungen heranzuführen, wenn eine Kinderbetreuung vor Ort gesichert ist. Dazu bieten sich Horte, Kulturläden, Schulen, Stadtteilzentren, Familienzentren usw. an. Unter Federführung des Bildungszentrums / „Zentrale Anlaufstelle für Migranten“ wird eine Arbeitsgruppe aus dem Jugendamt, dem Amt für Kultur und Freizeit sowie dem Schulreferat den Bedarf prüfen und ggf. ein Konzept erarbeiten. Zudem wird auch gemeinsam mit der ARGE geprüft, ob entsprechende Kurse für bisher nicht berufstätige Mütter in Bedarfsgemeinschaften entwickelt werden können.

Neue Überlegungen zu
wohnnahen Integrationskursen
für junge Mütter

5. Fördermaßnahmen im Elementarbereich

„Grundlagen der elementaren Bildung von Kindern bis zur Einschulung sind sinnliche Wahrnehmung, Bewegung und Spiel. Darauf beruht das Prinzip der ganzheitlichen Förderung.“ Dieses Zitat aus dem Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan hebt hervor, dass die Förderung kindlicher Bildungsprozesse ganzheitlich sein muss. Im Hinblick auf das Integrationsprogramm der Stadt Nürnberg werden im Folgenden hauptsächlich Programme zur Sprachförderung dargestellt. Deshalb sei an dieser Stelle erwähnt, dass in den Kindertagesstätten nach dem Prinzip der ganzheitlichen Förderung vorgegangen wird.

Bayerischer Bildungs- und
Erziehungsplan

Im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan werden die bisherigen klassischen Schwerpunkte frühkindlicher Förderung ergänzt. Die beim Jugendamt, Abteilung „Kindertagesstätten“, neu geschaffene „Projektstelle zur Entwicklung und Umsetzung naturwissenschaftlicher Inhalte“ erarbeitet gemeinsam mit den Einrichtungen pädagogische Materialien und Fortbildungskonzepte für die Bereiche Mathematik, Naturwissenschaft, Lern- und Medienkompetenz und bietet Praxisberatung dazu an.

5.1 Ausweitung des SpiKi-Programms

Die bereits existierenden Module („Phono-logisch Hand in Hand“, „Lesefreunde“ und „Schultüte - Mama und ich spielend in die Schule“) werden weitergeführt. Das Projekt „Schultüte“ konnte von 12 auf 18 Kurse jährlich ausgeweitet werden und wird ab 2007 in leicht abgewandelter Form

ebenfalls Familien deutscher Muttersprache angeboten. Die Kurse werden künftig auch in Familienbildungseinrichtungen durchgeführt.

Im Rahmen der Implementierung des SpiKi-Programms in allen Kindertageseinrichtungen in Nürnberg wurde als Anreiz zur Mitwirkung für die freien Träger eine Plakataktion mit dem Titel „Kinder brauchen Sprache - SpiKi - Wir sind dabei!“ gestartet. Alle Kindertageseinrichtungen, die sich an dem SpiKi-Programm beteiligen, erhalten dieses Plakat und können damit als ein besonderes Qualitätskriterium bei den Eltern für ihre Einrichtung werben. Zusätzlich wurden neue Flyer erstellt, in denen für Fachkräfte und die Eltern klar beschrieben wird, welche Ziele SpiKi insgesamt verfolgt. Die Inhalte der einzelnen Module werden jeweils in gesonderten Falblättern näher erläutert.

Immer mehr Kindertagesstätten
beteiligen sich an SpiKi

Das neueste Praxismodul von SpiKi heißt „Literacy - Center“. Wörtlich heißt „Literacy“ Lese- und Schreibkompetenz, aber der Begriff beschreibt mehr als die Grundfertigkeiten des Lesens und Schreibens. „Literacy“ in der frühen Kindheit ist ein Sammelbegriff für kindliche Erfahrungen rund um Buch-, Erzähl-, Reim- und Schriftkultur. Dieses Konzept erlaubt spielerisch die Annäherung der Kinder an die Schriftsprache nach den Prinzipien der Projektarbeit. Es wurde nicht ausdrücklich für Kinder anderer Muttersprachen entwickelt, sondern dient der Sprachförderung aller Kinder, ist für erstere aber von besonderer Bedeutung. Während der Pilotphase von Frühjahr bis Sommer 2006 waren acht städtische Kindergärten und Horte am Projekt beteiligt. Es wurde von der Universität Landau – Koblenz wissenschaftlich begleitet. Ab Ende 2006 wird das Projekt auf andere Einrichtungen ausgeweitet. Das Projekt wurde von der HypoVereinsbank mit 10.000 Euro unterstützt.

„Literacy-Center“

5.2 Weitere Programme zur Erweiterung der Sprachkompetenz

Unter dem Dach des Bündnisses für Familie kooperiert die Stadt Nürnberg mit Microsoft Deutschland. Im Projekt „Schlaumäuse - Kinder entdecken Sprache“ geht es um Sprachkompetenzförderung von Vorschulkindern im Alter von vier bis sechs Jahren. Durch den gezielten Einsatz von PC oder Notebooks und der speziellen Lernsoftware verbessern Kinder spielerisch ihre Sprache und ihre Ausdrucksfähigkeit und werden so ebenfalls an die Schriftsprache herangeführt. Wie eine aktuelle wissenschaftliche Untersuchung der „ComputerLernWerkstatt“ (CLW) der Technischen Universität Berlin zeigt, unterstützt das Programm gerade Kinder mit Migrationshintergrund und schlechten Deutschkenntnissen erfolgreich beim Schriftspracherwerb.

„Schlaumäuse“, Teil 1

In Nürnberg nehmen derzeit 25 Kindergärten sowohl von der Stadt Nürnberg als auch von freien Trägern an der Initiative teil. Anfänglich wurden nur Kindergärten aus dem Ziel-2-Fördergebiet in das Programm aufgenommen. Mittlerweile wurde das Angebot jedoch räumlich erweitert.

Die zweite Version der „Schlaumäuse“ soll vor allem den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule erleichtern und begleitet die Kinder in den ersten Grundschuljahren. Neu ist für Erzieherinnen und Erzieher, dass sie nicht nur den individuellen Lernfortschritt jedes Kindes ermitteln können, sondern auch entsprechende Förderhinweise für das Kind erhalten. Ab Herbst 2006 wird dieses Programm erstmalig in einer Grundschule eingesetzt. Für die Ausweitung auf andere Grundschulen hat das Referat für Jugend, Familie und Soziales mit dem staatlichen Schulamt erste Gespräche geführt, die nach der Sommerpause weitergeführt werden.

„Schlaumäuse“, Teil 2

Die Stadtbibliothek liefert mit vielfältigen Angeboten eine wichtige Unterstützung der Sprach- und Leseförderung. Neben den Bilder- und Vorlesebüchern in den verschiedenen Sprachen der Migranten, die sich im Bestand der Zentralbibliothek und einiger Stadtteilbibliotheken befinden, wurde der Bereich „Deutsch lernen“ für Kinder und Jugendliche aufgebaut.

Die Stadtbibliothek bietet wichtige Unterstützung für viele Aktivitäten

Kindertagesstätten und Schulen können in der Zentral- und in den Stadtteilbibliotheken Medienkisten zum „Dialogischen Lesen“ und zur „Interkulturellen Erziehung“ ausleihen, die insbesondere im Rahmen des SpiKi-Programms einsetzbar sind. Medienkisten zur Zweisprachigkeit enthalten dreisprachige Bilderbücher, jeweils in Englisch, Deutsch und einer Migrantensprache. Jede Kiste enthält bis zu 30 Exemplare eines Buchtitels, die „großen“ Sprachen Türkisch und Russisch sind mit jeweils mehreren Exemplaren vertreten, eher seltene Sprachen wie z. B. Tamil oder Somali in Einzelexemplaren. Diese Bücher werden den Kindern von den Erzieherinnen nach Hause mitgegeben, um sie sich von ihren Eltern vorlesen zu lassen. Durch dieses formlose Verfahren werden auch bildungsferne Familien an das muttersprachliche und deutsche Lesen herangeführt.

Für das Programm „Spielend lernen“ wurden für die Stadtteilbibliotheken Langwasser und Schweinau mehrsprachige Wörterbuch- und Bilderbuchkisten angeschafft.

5.3 Übergang Kindergarten – Schule: Deutsch 160

Für die Durchführung des Vorkurses Deutsch 160 wurden bereits im Herbst 2005 die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Zwischen dem Jugendamt, dem Amt für Volks- und Förderschulen und dem Staatlichen Schulamt wurden Vereinbarungen über die organisatorische Umsetzung getroffen. Im Jugendamt gibt es seitdem Leitlinien zur Umsetzung des Förderkonzeptes. In der Umsetzung treten derzeit noch vereinzelt praktische Probleme auf, die sich aber vermutlich im Laufe der Zeit lösen lassen.

Mit dem Beschluss des Bayerischen Landtags vom 19.7.06 wurde das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) geändert. Damit wird das bisher auf freiwilliger Basis durchgeführte Sprachscreening verbindlich für alle Kinder, die nicht mindestens einen „Erziehungsberechtigten deutschsprachiger Herkunft“⁴ haben. Zudem hat die Grundschule die Möglichkeit, ein Kind, das nicht an einem Vorkurs teilgenommen hat, von der Einschulung zurückzustellen, wenn es bei der Schulanmeldung nicht über die erforderlichen Deutschkenntnisse verfügt. Die Zurückstellung wird mit der Auflage verbunden, während des kommenden Schuljahres einen Kindergarten zu besuchen, der einen Vorkurs anbietet.⁵ Für die Lösung praktischer Probleme, wie z.B. die Feststellung der Kinder ohne Kindergartenplatz und die Aufnahme von der Einschulung zurückgewiesener Kinder in Kindertagesstätten mit Vorkurs, liegen bisher keine Informationen vor.

Änderungen des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesens

Deshalb sollten die Umsetzungsvorgaben und die Ergebnisse der neuen Regelung bis zum Beginn des Schuljahres 2007/08 abgewartet werden. Das Schulreferat wird vom Kultusministerium die Übermittlung aller relevanten Daten erbitten und im Herbst 2007 in der Kommission für Integration darüber berichten.

Beobachtung der Ergebnisse

6. Fördermaßnahmen für Grundschüler

6.1 Förderung von Quereinsteigern und Neuzugewanderten in der Schule

Schulpflichtige Kinder, die im Laufe des Schuljahres aus dem Ausland einreisen, werden sogenannten Übergangsklassen zugewiesen, aus denen sie nach Erreichen ausreichender Deutschkenntnisse in Regelklassen überwechseln. Neben dem Mangel an Deutschkenntnissen bestehen jedoch teilweise - bedingt durch unterschiedliche Schulsysteme und teilweise andere

⁴ BayEUG, Art. 37a, Abs. 1

⁵ BayEUG, Art. 37a, Abs. 3

Vermittlungsmethoden in den Herkunftsländern – auch Schwierigkeiten im fachlichen Bereich, die nicht alle in den Übergangsklassen aufgearbeitet werden können. Um diesen Kindern gerecht zu werden, ihre Begabungen zur Entfaltung zu bringen und sie entsprechend zu fördern, ist eine individuelle Förderung wünschenswert, die innerhalb des Schulalltags aber nicht ohne weiteres geleistet werden kann. Das Schulreferat wird ein Konzept für die Betreuung dieser Schüler durch ehrenamtliche Tutoren (ältere Schüler der gleichen Schule) oder Bildungspaten (schulexterne Unterstützer, z.B. Studenten, Eltern, sonstige Ehrenamtliche) erarbeiten, das von den einzelnen Schulen selbst umgesetzt werden kann. Diese Tutoren oder Bildungspaten sollen jeweils einzelnen Schülern zur Seite gestellt werden, um in allen Bereichen Lücken aufzufüllen, die durch den Wechsel entstanden sind.

Konzept zur ehrenamtlichen Förderung neu eingewanderter Schüler erforderlich
--

6.2 Zusätzlicher Förderunterricht – Mercator-Stiftung

Die Stiftung Mercator unterstützt bundesweit Initiativen zur Verbesserung der sprachlichen und fachlichen Fähigkeiten von jungen Migranten. Die Stiftung stellt 6,6 Mio. Euro für diese Projekte zur Verfügung. Mit dem „Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund“ sollen durch einen außerschulischen Unterricht in Kleingruppen die Bildungschancen dieser Zielgruppe verbessert werden. Der Förderunterricht richtet sich gezielt an Schüler/innen der Klassen 5-10, weil in diesen Jahren die Weichen für den Schulabschluss gestellt werden. Den Förderunterricht erteilen Studierende für das Lehrfach an Grund- und Hauptschulen. Durch das Projekt erhalten sie wichtige Lehrpraxis und können Methoden im Umgang mit heterogenen Schülergruppen erproben. Die Stiftung Mercator unterstützt diesen Förderunterricht in Essen seit 2000 finanziell und hat aufgrund des großen Erfolges seine bundesweite Ausdehnung beschlossen. Die Stiftung ist in fast allen Bundesländern an verschiedenen Standorten tätig, in Bayern bisher nur in Augsburg.

Das Konzept des Förderunterrichts ist sehr flexibel; Unterricht wird in verschiedenen Zeitformaten (z.B. regelmäßigen Unterrichtsstunden oder Feriencamps) angeboten und an unterschiedlichen Orten (in Universitäts- oder Schulräumen, in Kulturzentren oder Räumen der Wohlfahrtsverbände) durchgeführt. Voraussetzung für die Umsetzung des Projektes ist die Beteiligung einer Hochschule, welche die Studierenden eigens für diese Aufgabe ausbildet und begleitet und die Bildung eines Netzwerkes zur Gesamtfinanzierung und Umsetzung des Projektes.

Finanzielle Unterstützung zur Realisierung zusätzlichen Förderunterrichts erforderlich
--

Das Schulreferat hat erste Gespräche mit der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg aufgenommen, um über den

Vorschlag zu verhandeln, mit Unterstützung der Mercator-Stiftung einen Förderunterricht in Nürnberg bereits in der 3.Klasse beginnen zu lassen, damit begabten Schülern aus Migrantenfamilien der Zugang zu Realschulen und Gymnasien erleichtert wird. Ein solches Angebot wird seit dem Sommer 2004 bereits in Dortmund mit ca. 450 Kindern und 102 Lehramtsstudenten aller Fächer am Übergang von der Grundschule zu weiterführenden Schulen aller Schulformen erprobt. Daneben hat auch Mannheim das ursprüngliche Konzept für diese Altersgruppe abgeändert.

6.3 Schülerstipendien der Hertie-Stiftung für begabte Zuwanderer

„Das Programm will Zuwandererkarrieren in Deutschland den Weg bereiten - als Ansporn zur Integration, als "Investition in Köpfe" und als positives Signal in unsere Gesellschaft hinein.“⁶ Unter dieser programmatischen Überschrift steht das Programm der Schülerstipendien, mit dem Schüler individuell finanziell und ideell gefördert werden. Gefördert werden Schüler von der achten bis zur 13. Klasse. Die Förderung besteht aus einem Bildungsgeld in Höhe von 100 € pro Monat für Lernmaterialien und gezieltem Förderunterricht, einer einmaligen Beihilfe für eine PC-Ausstattung und einem Internetanschluss. Daneben kann finanzielle Unterstützung für Prüfungsvorbereitungen, Praktika, Computerkurse, Schullandheimbesuche usw. beantragt werden. Die ideelle Unterstützung besteht im Angebot von Bildungsseminaren, Sommerakademien, Beratung usw.

Um Schüler über ein solches Stipendium zu fördern, ist das Zusammengehen verschiedener Institutionen erforderlich: Örtliche, bereits vorhandene Stiftungen müssen einbezogen werden, private Partner und Firmen müssen gewonnen werden, die Kommune soll sich beteiligen. Die Aktivitäten der Stiftung auf diesem Gebiet haben dazu geführt, dass unabhängig von ihren eigenen Stiftungsmitteln durch ihre Anregung bereits über 100 zusätzliche Stipendien entstanden sind.

Aufbau eines Netzwerkes für Schülerstipendien erforderlich

Auch wenn diese Stipendiatenförderung immer nur für einzelne Schüler in Frage kommt, wird sich die Stadt darum bemühen, diese Förderung auch in Nürnberg zu installieren.

⁶ <http://www.start.ghst.de/index.php>, 7.8.2006

7. Zusätzliche Maßnahmen

7.1 Familien- und Erziehungsberatung

Seit Anfang 2003 bietet ein Mitarbeiter der Abteilung „Psychologische Beratungsdienste“ des Jugendamtes mit einschlägiger Zusatzausbildung den Eltern in mehreren Kindertagesstätten, auch in Einrichtungen von Freien Trägern, Erziehungsberatung an. Dieses Angebot ist erfolgreich und wird in hohem Maße von Migranteneltern angenommen. Die Beratung findet in deutscher Sprache statt.

Beratung in Kindertagesstätten

Die Kampagne Erziehung als Handlungsfeld des „Bündnisses für Familie“ erhebt derzeit, welche Beratungsleistungen und Gruppenangebote für Familien mit Migrationshintergrund von den verschiedenen Familien- und Erziehungsberatungsstellen erbracht werden. Davon ausgehend wird sie mit den Trägern gemeinsam neue Angebote entwickeln, um die erfassten Versorgungslücken so weit wie möglich zu schließen. In diesem Kontext schlägt das Organisationsreformpapier des Referates für Jugend, Familie und Soziales, explizit vor, ein Erziehungsberatungsteam an einen freien Träger mit der Auflage zu vergeben, dass dort schwerpunktmäßig Familien mit Migrationshintergrund beraten und deshalb auch entsprechendes Personal mit Migrationshintergrund beschäftigt werden soll.

Erfassung von „Beratungslücken“

Über das Ergebnis wird die Kommission für Integration informiert.

7.2 Förderung der Mehrsprachigkeit

Bisher wurden die muttersprachlichen Kenntnisse ausländischer Schüler nur vor dem Hintergrund der Rückkehroption gefördert. Nach der Einstellung muttersprachlicher und zweisprachiger Klassen zu Beginn der 90er Jahre wurde Muttersprachenunterricht als Regelangebot nur noch im Rahmen des Muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts (MEU) außerhalb der üblichen Unterrichtszeit erteilt. „Natürliche“ Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit durch das Aufwachsen in bilingualen Familien wird bis heute nicht ausreichend als Chance für die Bildungslaufbahn betrachtet. Die Bayerische Staatsregierung hat am 14. September 2004 beschlossen, den MEU schrittweise binnen fünf Jahren auf Null zu reduzieren.⁷ Im vergangenen Schuljahr wurde das Angebot erstmalig eingeschränkt und ausscheidende Lehrkräfte wurden nicht mehr ersetzt. Den Konsulaten wurde angeboten, den Unterricht selbst zu

Beendigung des
Muttersprachlichen
Ergänzungsunterrichts

⁷ Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 7.3.2006 „Entwicklung des Muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts (MEU)“ auf der Internetseite <http://www.km.bayern.de/km/schule/schularten/allgemein/migranten/foerderung/muetterergaenz/thema/01994/index.shtml>, 8.8.2006

organisieren.⁸ Es ist aber davon auszugehen, dass einige unbefristet beschäftigte Lehrer in ihrem Beschäftigungsverhältnis auch nach der Einstellung des MEU verbleiben. Mit dem Einsatz dieser Lehrer könnte auch weiterhin MEU in anderer Form erteilt werden, der allerdings in den Regelbetrieb der Schule eingebunden werden und an dem auch Schüler deutscher Muttersprache teilnehmen sollen.

Möglichkeiten für einen muttersprachlichen Unterricht unter veränderten Voraussetzungen

Das Schulreferat wird sowohl zum Kultusministerium als auch zu den Konsulaten frühzeitig Kontakt aufnehmen, um für Nürnberg über ein möglichst interessantes Angebot für die Nürnberger Schulen zu verhandeln.

7.3 Multiplikatorenmodelle

Bisher sind die meisten Migranten innerhalb ihrer landsmannschaftlichen und ethnischen Vereine oder in Sportvereinen ehrenamtlich tätig. Die Migrantenselbstorganisationen bieten vielfältige Unterstützungsmaßnahmen insbesondere für Schulkinder und Eltern an (Hausaufgabenbetreuung, Elternberatung, Nachhilfe usw.). Wie es scheint, werden diese Angebote gut angenommen. Die fachliche Kompetenz der Durchführenden ist allerdings zufällig, deckt nicht das gesamte inhaltliche Spektrum ab und ist hinsichtlich der Bildungssysteme und -inhalte in Deutschland lückenhaft.⁹ Es gibt verschiedene Überlegungen und Modelle, engagierte Migranten auch als Vermittler zwischen den Bildungsinstitutionen und Eltern einzusetzen, z.B. als „Bildungslotsen“, oder als Multiplikatoren, die mit Vereinen usw. arbeiten. Auch in Nürnberg gibt es dazu verschiedene Arbeitsansätze mit unterschiedlichen Erfahrungen. Diese zeigen, dass erfolgreiches ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich nicht ohne finanziellen und personellen Einsatz zu haben ist.

Ehrenamtliches Engagement von Migranten

Es muss unterschieden werden zwischen Ehrenamtlichen, die gegen eine geringe Aufwandsentschädigung ihren Einsatz leisten und solchen, die keinerlei Gegenleistung erhalten. Abzugrenzen ist außerdem der Einsatz von Semi-Professionellen wie z. B. bei den Elternbildungsprogrammen der AWO, die ein Honorar erhalten, das unterhalb der Vergütung für pädagogische Fachkräfte liegt. Außerdem müssen die Voraussetzungen betrachtet werden, unter denen ehrenamtliche Tätigkeiten übernommen werden, z. B. finanzielle

⁸ Schreiben des Kultusministeriums an das Italienische Generalkonsulat München vom 26.9.2005. Aus dem gleichen Schreiben geht hervor, dass über die Verwendung der über das Schuljahr 2008/2009 unbefristet beschäftigten Lehrkräfte bisher keine Regelungen getroffen wurden. Dem Konsulat wird dazu geraten, die MEU selbst zu organisieren und die dafür notwendigen Lehrer aus den vorhandenen MEU-Lehrkräften anzuwerben.

⁹ Ergebnisse des BQN-Projektes „Elternempowerment und Übergang Schule – Beruf“, bisher unveröffentlichter Abschlussbericht.

und familiäre Situation, Alter und Berufserfahrung, Bildungshintergrund und zeitliche Ressourcen.

Zum erfolgreichen Einsatz Ehrenamtlicher im Bildungsbereich müssen bestimmte Rahmenbedingungen vorhanden sein. Dazu gehören u. a. klare Aufträge, Zielvereinbarungen zwischen den Ehrenamtlichen und den Institutionen, fachliche Kenntnisse, Öffentlichkeitsarbeit, Integration in ein Netzwerk und die Anbindung an eine formale Struktur, Qualifizierung und Begleitung durch Hauptamtliche. Je nach Tätigkeit und Umfang des Ehrenamtes müssen die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Um Kontinuität und Verbindlichkeit zu sichern, sollten nach den vorliegenden Erfahrungen die Ehrenamtlichen in Teamstrukturen eingebunden werden. Für die Qualifizierung der Ehrenamtlichen müssen geeignete Arbeitsmaterialien vorliegen, wie z. B. für die Hausbesucherinnen der AWO-Programme und für die ehrenamtlichen Berater im BQN-Projekt „Elternempowerment“. Erleichtert wird die Tätigkeit der Ehrenamtlichen auch durch die Bereitstellung muttersprachlicher Informationen für die Zielgruppe. Gleichwohl muss berücksichtigt werden, dass die Beratung durch Ehrenamtliche eine professionelle Beratung nicht ersetzen, sondern nur eine Mittlerfunktion hin zu den pädagogischen Fachkräften wahrnehmen kann.

Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement von Migranten im Bildungsbereich

Die Erfahrung zeigt, dass neben den Rahmenbedingungen auch das persönliche Profil für den Erfolg ehrenamtlicher Arbeit ausschlaggebend ist. So haben deutsche Rentner, finanziell abgesichert mit gutem Bildungshintergrund, andere Möglichkeiten als junge Mütter ohne Berufsausbildung mit Migrationshintergrund in ungesicherter finanzieller Lage. Für die Gewinnung dieser Zielgruppe ist ein höherer Betreuungseinsatz und mehr Unterstützung erforderlich, um Überlastung, Überforderung und damit Frustration und frühzeitiges Ausscheiden aus dem Ehrenamt zu vermeiden. Denn ehrenamtliche Tätigkeit wird nur dann kontinuierlich sein, wenn sie Spaß macht und einen persönlichen Gewinn bringt. Aus diesem Grunde ist bei der Einbindung von Migranten in Multiplikatorenmodelle auch über eine zumindest kleine Honorierung nachzudenken.

Ehrenamtliche Multiplikatoren im Bildungsbereich benötigen Unterstützung

8. Ausblick

Die aufgeführten Maßnahmen sollen vorrangig in sozial benachteiligten Stadtteilen angesiedelt werden. Indikatoren für eine Prioritätenliste sind:

- ein hoher Anteil an von Armut bedrohten Familien und Migranten,
- schlechte Übertrittsquoten von Grundschulern an Realschulen und Gymnasien,
- schlechte Infrastruktur im Stadtteil in Bezug auf Plätze in Kindertagesstätten, wenig Grün-, Spiel- und Freiflächen, schlechte Wohnverhältnisse (Wohngröße und -ausstattung) usw.

Prioritäten für die Durchführung einer Bildungsoffensive

Vor der Ansiedlung neuer Angebote muss der spezifische Bedarf im jeweiligen Stadtteil erhoben werden. Eine sinnvoll an den Bedürfnissen der Familien orientierte Angebotspalette und -verknüpfung ist nur in einem koordinierten Stadtteilentwicklungsprozess zu erreichen. Er bietet den Rahmen zu Absprachen und Abstimmungen zwischen allen Akteuren im Stadtteil und kann die Bewohner einbeziehen.

Stadtteilorientierung

Die Vielfalt der Angebote lässt sich auf der gesamtstädtischen Ebene kaum transparent darstellen. Problematisch ist insbesondere der kurzfristige Projektcharakter vieler Angebote, die große Anzahl der Maßnahmenträger, die unterschiedlichen Teilnahmevoraussetzungen, mangelnde Informationen über die Qualität und das häufig vorherrschende ökonomische Interesse von Trägern an Projekt- und Fördermitteln, welche die Bedarfslagen vor Ort nicht zwangsläufig berücksichtigen.

Darstellung der Angebotspalette

Daher ist es eine weitere wichtige Aufgabe, die langfristigen, wohnortnahen und aufeinander abgestimmten Angebote für Familien mit Kindern so übersichtlich darzustellen, dass den potentiell betroffenen Familien ein niedrigschwelliger Zugang zu den Angeboten ermöglicht wird.

Vor allem auf der Ebene des Stadtteils ist es möglich, den Zugang der Familien zu den für sie jeweils optimalen Fördermaßnahmen zu steuern. Dafür müssen Kriterien entwickelt werden. Nur mit diesen Kriterien ist sichergestellt, dass die begrenzten Haushaltsmittel optimal eingesetzt werden. Optimal heißt dabei, dass die Familien, deren Förderung vorrangig erforderlich ist, berücksichtigt und die für sie passenden Maßnahmen eingesetzt werden.

Entwicklung von Kriterien für den Einsatz optimaler Fördermaßnahmen erforderlich

Die Verwaltung wird über den Fortschritt der in dieser Vorlage dargestellten Maßnahmen in der Kommission für Integration im Juni 2007 berichten.